

DIE LINKE. *im Rat*

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal

Nr. 18 Dezember 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

passend zu den bevorstehenden Feiertagen gab es neben der Gesamtschuldebatte, die reichlich Raum einnahm während der Ratssitzung vom 15. November, ein weiteres Thema die alle Jahre wieder zu beschließende **Festlegung der verkaufsoffenen Sonntage**.

Im vergangenen Jahr hatte die Verwaltung auf Bitten versichert, die Vorgespräche mit Gewerkschaften und Kirchen vor der Beschlussfassung wiederzugeben. Das allerdings hat sie nicht gemacht. Aus Gesprächen und Briefen weiß man aber ohnehin, welche Haltung die genannten Organisationen einnehmen, nämlich eine grundsätzlich ablehnende. Die Gewerkschaft ver.di wendet sich dagegen, dass die Verkäuferinnen, denn hauptsächlich um solche handelt es sich, ihren freien Sonntag mit Freunden und Familien opfern müssen, und die Kirchen sind aus religiösen Gründen dagegen.

Nun ergibt sich eine skurrile Situation: Politik und Verwaltung verhandeln mit Kirchen und Gewerkschaften, und der Rat stimmt darüber ab. Die PolitikerInnen der einen großen Partei, die sich christlich nennt und den Kirchen verbunden fühlt, stimmen gegen den Standpunkt der Kirchen ab, und die der anderen großen Partei, die sich den Gewerkschaften verbunden fühlt, stimmen gegen den Standpunkt der Gewerkschaften ab. Erstaunlich: Einige der christlichen Politiker haben sogar an der Stadtwallfahrt nach Rom teilgenommen und sich sogar mit dem Papst ablichten lassen, und zwischen der gewerkschaftsnahen Partei ist in der letzten Zeit immer wieder ein reger Austausch an Personal zwischen ver.di, Kreisorganisation und Ratsfraktion geschehen.

Nur DIE LINKE und die Grünen haben gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung gestimmt.

Frohe Feiertage und ein gutes Jahr 2011 wünscht die Redaktion.

Was der WZ keine Meldung wert war:

Die Tagesordnung der Ratssitzung am 15. November war nicht so umfangreich wie bei manch anderer. Ein Teil der Stadtverordneten hatte sich wohl schon auf einen frühen Feierabend gefreut. Aber dann wurde doch noch heftig debattiert und ein Drittel der Zeit über unseren Antrag auf Einrichtung einer 6. Gesamtschule gestritten, mit einem doch immerhin bemerkenswerten Ergebnis. Diese Diskussion fand aber in der Wuppertaler Monopolpresse keinen Niederschlag, genau so wenig wie die alljährliche Ablehnung der Ratsfraktion DIE LINKE der Sonntagsöffnungszeiten für den Einzelhandel.

2008 vom Rat beschlossen

SPD blockiert 6. Gesamtschule?

Da war der Beratungsbedarf der SPD-Fraktion wohl groß, denn sie kam geschlossen zu spät in den Ratssaal. Auf der Tagesordnung stand unser Antrag „6. Gesamtschule einrichten“. Worum ging es? DIE LINKE hatte einen Antrag gestellt, mit dem die Forderung aus dem Kommunalwahlprogramm der SPD unterstützt werden sollte. Die SPD damals wörtlich: „Die Errichtung einer weiteren Gesamtschule in Wuppertal ist daher zwingend notwendig. Dem haben wir Rechnung getragen: Auf Initiative der SPD-Ratsfraktion hat der Rat der Stadt Wuppertal einen Beschluss zur Errichtung einer sechsten Gesamtschule gefasst. Wir entsprechen damit dem durch die Anmeldezahlen dokumentierten Elternwillen.“ Mit unserem Antrag hatten wir die SPD daran erinnert, dass in Düsseldorf eine neue Landesregierung im Amt ist, die die Gründung von Gesamtschulen unterstützt. Die Überraschung war groß.

So hätte die SPD ihren zweieinhalb Jahre alten Beschluss, den sie mit der CDU gefasst hatte, endlich zu verwirklichen anfangen können.

Position der LINKEN

Helin Argav, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE, brachte eine erregte Diskussion in Gang. Zu Beginn stellte sie fest, „dass Wuppertal eine weitere Gesamtschule braucht, darüber waren sich hier fast alle einig. Und genau aus diesem Grund hat der Rat am 10. März 2008 beschlossen, diese 6. Gesamtschule zu errichten. Nun sind wir schon fast im Jahr 2011 – eine weitere

566

Schüler/innen mussten abgewiesen werden, weil Wuppertal keine ausreichenden Plätze an Gesamtschulen vorweisen kann.

DIE LINKE beantragt daher die Gründung weiterer Gesamtschulen in Wuppertal.



DIE LINKE. *im Rat*

Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal, Tel: 563 6677
E-mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
www.ratsfraktion.dielinke-wuppertal.de

Plakat aus dem Jahre 2007: Nichts hat sich seitdem geändert.

Gesamtschule haben wir aber immer noch nicht. Auch die Einrichtung weiterer Züge an den Gesamtschulen Langerfeld und Vohwinkel wird die Nachfrage nach Plätzen auch nicht annähernd decken können.“ Die hitzige Debatte ließ die CDU allerdings kalt; sie wollte die

Fortsetzung auf Seite 2

Gegen Protz-Umbau Döppersberg

Neues vom Schauspielhaus; Schulmittagessen für bedürftige Kinder

Der Rote Faden Nr. 29

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Gesamtschule ja eigentlich sowieso nicht, und folgerichtig beteiligte sie sich auch nicht an der Diskussion.

SPD schlingert

Die SPD-Fraktion geriet allerdings ins Schlingern. Nicht nur das verspätete Erscheinen ihrer Mitglieder nach einer verlängerten Fraktionssitzung, sondern auch die Dürftigkeit der Argumentation zeigten dies: Das einzige,

was Frau Warnecke, ihres Zeichens Vorsitzende des Schulausschusses, zu bieten hatte, war, eine Forderung aus unserem Antrag niederzuknüpfeln, die dort gar nicht stand. Ein plumper rhetorischer Trick, Gaukelei.

Auch der Fraktionsvorsitzende Reese arbeitete sich an dieser Luftnummer ab, wie immer mit zahlreichen Invektiven, Ungezogenheiten und Unterstellungen gespickt, die auf gar keine gute Erziehung schließen lassen.

Immer wieder kamen sie auf den Grundsatzbeschluss von 2008 zu sprechen. Wie die große

Kooperation aber mit Grundsatzbeschlüssen umgeht, zeigen die Beschlüsse zum Erhalt des Fuhlrott-Museums und des Schauspielhauses.

Tatsache ist, dass die SPD-Fraktion überhaupt keine Anstrengungen macht, das, was ihr angeblich so am Herzen liegt, zu verwirklichen: 2008 war kein Geld da, und 2010 hat sich die finanzielle Situation auch nicht verbessert. Aber wann, wenn nicht mit der neuen Landesregierung im Rücken, soll es dann gehen? Die politische Situation ist so günstig wie nie.

Döppersberg-Umbau

Nervosität bei der Stadtspitze

Der Beginn der ersten Arbeiten zum Umbau vom Döppersberg rückt näher – und damit wächst die Nervosität beim Oberbürgermeister, ob die Wuppertaler und Wuppertalerinnen das Großprojekt wirklich akzeptieren werden. Jetzt fällt ihm offensichtlich auf, dass der Umbau über die Köpfe der Menschen hinweg geplant wurde. Also soll für den Umbau Döppersberg Werbung betrieben werden.

Als erstes aber wurden Vorkehrungen getroffen, den jetzt beginnenden Umbau Döppersberg unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit zu regulieren: So beschloss die Mehrheit im Stadtrat am 15. November, die meisten Entscheidungen über den Fortgang Döppersberg in eine „Kommission“ zu verlagern, in welche nur sieben Stadtverordnete mit Stimmrecht berufen wurden. Kein Stimmrecht haben Vertreter/innen derjenigen Fraktionen, darunter DIE LINKE, die sich gegen den Umbau Döppersberg ausgesprochen haben.

Damit soll gewährleistet sein, dass es keine Gegenstimmen in dieser „Kommission“ geben wird.

Bislang wurde auch der Umbau Döppersberg im Stadtrat – in dem alle gewählten Stadtverordneten stimmberechtigt sind – besprochen, desgleichen vorbereitend im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauplanung (in dem ebenfalls alle Fraktionen stimmberechtigt sind auch diejenigen, die erhebliche Einwände gegen das Projekt Döppersberg haben).

Sicherlich braucht nicht über jede Schraube, die beim Umbau Döppersberg Verwendung finden wird, im Stadtrat entschieden zu werden. Fest steht aber, dass ab Anfang 2011 die Bevölkerung massiv durch die Umbauarbeiten betroffen sein wird. Und gerade ab diesem Zeitpunkt werden die Voraussetzungen geschaffen, über konkrete



**PROTZ-UMBAU
VERSCHLINGT
MILLIONEN!**



**UNSERE STADT
BRAUCHT
DAS GELD!**

Bauabschnitte und deren Ausführung hinter „geschlossenen“ Türen zu entscheiden.

Zwar: Die „Döppersberg-Begleitkommission“ wird öffentlich tagen. Aber: Welcher Einwohner, welche Einwohnerin kann es ermöglichen, zu weiteren Gremiensitzungen zu gehen, die am Nachmittag stattfinden und deren Zusammenkunft erfahrungsgemäß sehr unauffällig angekündigt wird?

Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt können erwarten, dass Entscheidungen im öffentlich tagenden Stadtrat besprochen werden, den haben sie nämlich dazu gewählt! Und sie haben die Stadtverordneten dazu gewählt, dass sie ein uneingeschränktes Stimmrecht haben und nicht bei nächstbesten Gelegenheit ausgebootet werden.

Wenn Entscheidungen zum konkreten Umbau Döppersberg mit all seinen Auswirkungen auf die Menschen in dieser Stadt nicht mehr öffentlich getroffen werden, dann wird auch keine Werbekampagne die Akzeptanz des Projektes steigern können.

Theater machen

Die Verwaltung hat die Schließung des Schauspielhauses erst mal verschoben. Das ist ein Erfolg der massiven Proteste, an denen sich auch DIE LINKE beteiligt hat. Dreißigtausend Unterschriften, Tausende am Schauspielhaus am Welttheatertag und vor dem Rathaus Demonstration. Was wird passieren, um die Schwimmbäder zu retten!? Und die Kürzung für das Sprech-Theater ist noch nicht vom Tisch.

(K)eine Zukunft für das Schauspielhaus!?

Brandschutztechnisch, energetisch und sanitärtechnisch müsste das Gebäude erst einmal für mindestens 7 Mio. Euro ertüchtigt werden, damit es wieder nutzbar ist. Die freie Theaterszene ist selbst auf öffentliche Zuschüsse angewiesen, wird also die Renovierung nicht stemmen können. Also wer soll es machen? CDU-SPD säuseln etwas von einer „neuen Trägerstruktur“ und „kulturnaher Nutzung“ des Gebäudes. Damit ist die Katze aus dem Sack: Vollmundig hat man 1998 die schrittweise Sanierung erst der Oper und dann des Schauspielhauses beschlossen, obwohl seinerzeit bereits die Kommunalfinanzen ausgehöhlt und von der Landesregierung Haushaltssicherungskonzepte erzwungen wurden. Hatte man damals schon vor, was man heute kaltschnäuzig umsetzt, nämlich die Abwicklung der Sparte? Welchem Beschluss zur Erhaltung von Einrichtungen kann man denn da noch trauen? So verspielen SPD-CDU weiter den Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung.

Ausverkauf geht weiter

Um das neue Wolkenkuckucksheim zu bezahlen, fordert der Kulturdezernent Nocke, dass sich „der Denkmalschutz bewegen muss“. Man hat die „Sitzende“, eine Skulptur des weltberühmten Künstlers Henry Moore, sicherheits halber schon gar nicht mehr auf den Vorplatz des Schauspielhauses gestellt. Die Stadtspitze lehnt es ab, diesen Platz nach Pina Bausch zu benennen. Denn Nocke hat im Kulturausschuss



auf die „1A-Lage“ schon hingewiesen: ein Filetstück, mit dem die Investoren angelockt werden sollen.

Kultur gehört zur Daseinsvorsorge

DIE LINKE im Rat unterstützt die Forderung an das Land, sich dauerhaft auf dem Niveau anderer Bundesländer an der Pflichtaufgabe Kultur zu beteiligen. Jedes Kind und alle Erwachsenen müssen wenigstens die Möglichkeit haben, die Fülle unserer Weltliteratur von Goethe bis Peter Weiss, von Aischylos bis Brecht kennenzulernen – zu einem bezahlbaren Eintrittspreis. Wer viel Geld hat, wird sowieso zu jedem highlight-event reisen können. Die Stadtspitze und die sie tragende CDU-SPD verteilen Beruhigungspillen, indem sie Landeszuschüsse in Aussicht stellen, die frühestens ab 2011 diskutierbar sein werden. Es ist nicht einleuchtend, dass eine Investition in den Substanzerhalt des Schauspielhauses von der Landesregierung nicht genehmigt werden kann. Aber die Stadtspitze stellt diesen Antrag nicht, weil eine Ablehnung natürlich auch zeigen würde, dass sie sich mit der Konzentration aller Mittel auf diesen bombastischen Döppersberg-Ausbau selbst in eine Zwangslage gebracht hat.

Obwohl SPD und Grüne die Situation bedürftiger Kinder beklagen, weil die Hartz IV-Sätze auch trotz höchster Rechtsprechung nicht von der Bundesregierung erhöht wurden, ändert sich bisher nichts für Schulmittagessen.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag einen Antrag eingebracht, dass das Schulmittagessen kostenfrei für bedürftige Kinder wird und das Land alle Kosten übernimmt, denn sonst würden die Kommunen wieder belastet durch Landesbeschlüsse, was auf keinen Fall passieren darf.

Müngstener Brücke: Einsparungen bei der Sicherheit

Es ist empörend, wie die Deutsche Bahn AG mit den Menschen umgeht, die auf sie angewiesen sind. Während sie sich in Großprojekten wie Stuttgart 21 finanziell und personell verausgabt, fehlen offenbar die Ressourcen und der Wille, um auf der Nahverkehrsebene minimalen Informationspflichten gegenüber den Fahrgästen nachzukommen. Die Konzentration auf den vermeintlich profitablen Fernverkehr geht zu Lasten des Nahverkehrs.

Die Sperrung der Müngstener Brücke durch das Eisenbahnbundesamt zeigt, dass die Ausrichtung der Deutschen Bahn an den Bedürfnissen der Kapitalmärkte Investitionen in die Sicherheit des Schienennetzes verhindert hat. Noch nicht einmal die Grundvoraussetzungen der Daseinsvorsorge können aufrecht erhalten werden. Die Privatisierung der RB 47 an das Unternehmen Abellio ist unter diesen Umständen kein Ausweg, sondern eine weitere Sackgasse, da auch dieses Unternehmen Ausstattung, Instandhaltung und Arbeitsbedingungen an der Rentabilität und nicht an den Bedürfnissen der Region ausrichten wird.

Schulmittagessen für bedürftige Kinder – wann wird es kostenfrei?

Wer erinnert sich nicht an den Protest, als das Schulmittagessen für bedürftige Kinder plötzlich nicht mehr kostenfrei war. Die schwarz-gelbe Landesregierung gab sich als Retterin, die Kinder mussten 1 Euro zahlen, das Land gab 1 Euro dazu und die Kommune musste 50 Cent zahlen (oder sich für diesen Betrag private Sponsoren suchen).

Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Helin Argav,
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Bernhard Sander,
Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 1.12.2010
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 80.000
Die Abgabe erfolgt kostenlos.

WSW: Strom 9% teurer

Dem Beispiel der großen Energiekonzerne folgend erhöht auch die WSW kräftig die Strompreise. Im Anschreiben an die liebe Kundin begründet die WSW Energie & Wasser die Preiserhöhung mit der gestiegenen Abgabe zur Förderung der erneuerbaren Energien. Was für die Umwelt tun, das kommt immer gut. Ein Gutachten, das die grüne Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben hat, kommt allerdings zu folgendem Schluss: Die zum Jahresbeginn 2010 gestiegene Umlage nach dem Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) rechtfertigt nur eine Erhöhung um 0,7 Cent/kWh. Gestiegene Beschaffungskosten als genannter Erhöhungsgrund sind nicht nachvollziehbar.

Von 2009 nach 2010 wäre aufgrund der gesunkenen Börsenpreise – im Gegenteil – eine Preissenkung um knapp 1 Cent/kWh angemessen gewesen. Die vorgenommenen Strompreiserhöhungen sind auch ganz allgemein nicht gerechtfertigt. Sie sind nicht mit gestiegenen Beschaffungskosten und nur sehr begrenzt mit der gestiegenen EEG-Umlage zu begründen. Seit 2008 sind die Strompreise auf der Großhandelsebene stark gesunken. Dies sowie auch gesunkene Brennstoffkosten sind nicht an die HaushaltskundInnen weitergegeben worden. Hier stiegen die Preise im Betrachtungszeitraum um über 7%, während Gewerbe- und Industriekundenpreise gesunken sind, teilweise im zweistelligen Prozentbereich. Seit 2008 bis heute sind die Preise an der Strombörse um 30–40% gesunken.

Durch die nicht nachvollziehbaren Preiserhöhungen zahlen die Verbraucher in diesem Jahr rund eine Milliarde EUR zu viel an die Energieversorger. So weit – so schlecht.

Warum verhält sich die WSW als kommunales Unternehmen genau so wie die großen Konzerne? Verantwortlich sind für diese Preistreiberi die Marktmacht weniger Konzerne. Doch statt sich für eine verbraucherfreundliche und ökologische Energiepolitik stark zu machen, stärkt Schwarz-Gelb weiter die Macht der Konzerne. Auch die Vorgängerregierungen haben nichts getan, um die Macht der Energieriesen einzuschränken. Im Gegenteil. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass viele Stadtwerke nicht mehr unabhängig sind. So auch WSW Energie & Wasser. Nur noch ein geringer Teil des Stroms wird selbst produziert. Der Energieriese GdF Suez hat sich in Wuppertal eingekauft und bestimmt weitgehend die Geschäftspolitik.

Höherer Strompreis für höhere Profite

Die FAZ vom 4.11.2010 meldete ein kräftiges Ergebnisplus bei GdF Suez. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen stieg in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8,8 Prozent auf **11 Milliarden Euro**. Hauptgrund für die Gewinnexplosion des französischen Superkonzerns ist die Ausweitung der Aktivitäten in Deutschland. Auch die WSW haben dazu ihr Scherflein beigetragen. Der gesamte Gewinn der Energiesparte der WSW kann nicht mehr wie vor der Teilprivatisierung zur Subventionierung des ÖPNV eingesetzt werden – zuerst müssen die Dividenden an den französischen Energieriesen abgeführt werden. Darüber hinaus hat sich die WSW gegenüber GdF Suez

verpflichtet, einen 3-stelligen Millionenbetrag in das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven, einen wahren Klimakiller, zu investieren. Ob sich diese Investition nach der Verlängerung der AKW-Laufzeiten überhaupt rentiert, wird die Zeit zeigen.

Zeit, den Anbieter zu wechseln?

Trotzdem raten wir, den Stromanbieter **nicht** zu wechseln. Denn bei den WSW wird zumindest der Gewinn des städtischen Anteils zur Subventionierung von Bus und Schwebbahn verwandt. Bei anderen Anbietern fließt der gesamte Gewinn in die Taschen der Aktionäre.

DIE LINKE fordert faire Energiepreise. Die Kosten übersteigen die Arbeitslosengeld-II-Regelleistung für Strom beträchtlich. Die Grundversorgung mit Strom darf nicht zum Luxusgut werden. Das ist allerdings nur durch eine funktionierende Preisaufsicht und Sozialtarife zu erreichen. Die Begünstigung der Oligopole auf dem Energiesektor durch die herrschende Politik muss beendet werden. Stattdessen müssen die Verbraucherinteressen gestärkt werden. Hierzu brauchen wir eine Strompreisaufsicht mit Verbraucherbeiräten in den Ländern.

Und die Energieversorgung (Produktion und Verteilung) gehört wieder in die öffentliche Hand. Kommunale Unternehmen müssen darüber hinaus eine Firmenstruktur wählen, die es erlaubt, sie dem Allgemeinwohl zu verpflichten. Denn sie haben im Grundsatz eine andere Aufgabe und ein anderes Selbstverständnis als Großkonzerne, die ihren Aktionären den größtmöglichen Profit erwirtschaften müssen.

Neues aus dem Landtag

Endlich Studiengebühren abschaffen!

Das alles beherrschende Thema dieser Wochen ist der Nachtragshaushalt. SPD und Grüne wollen ihn als „Abrechnung mit schwarz-gelb“ anlegen, d. h. die Stellen für Lehrkräfte, die zwar unterrichten, aber nicht als Stellen vorkommen, wurden aufgenommen; die Nachzahlung an die Kommunen für den Ausbau der U3-Betreuung wurde aufgenommen usw. Es sollen aber keine eigenen politischen Aktivitäten, die mit Geld verbunden sind, beschlossen werden, so dass die Neuverschuldung von 8,9 Mrd. Euro mit den Erblasten der alten Landesregierung begründet werden können.

Studiengebühren abschaffen – Ausgleichszahlungen für die Hochschulen

Demgegenüber fordert DIE LINKE.Fraktion, dass Wahlversprechen umgesetzt werden, so z. B. die Abschaffung der Studiengebühren. Das wollten SPD und Grüne auf gar keinen Fall sofort, weil das in den Nachtragshaushalt gemusst hätte. So verhandelt derzeit DIE LINKE.Fraktion über den Kompromiss: die Abschaffung für das Sommersemester 2011! SPD und Grüne wollen die Studis aber erst zum WS 2011 entlasten. SPD und Grüne stellen sich ebenso quer bei den Ausgleichszahlungen: Z. B. nimmt die Uni Wuppertal pro Kopf und Semester 500 Euro von jedem Studierenden, die Uni Münster nur 275 Euro. Nach den Plänen der Landesregierung erhalten beide Unis als Ausgleichszahlung ca. 340 Euro, was für die Uni Wuppertal geringere Einnahmen bedeutet, also auch die Verschlechterung im Bereich der Tutorien usw, also der Studienbedingungen. Deshalb fordert DIE LINKE.Fraktion, dass jede Hochschule 500 Euro Ausgleichszahlungen erhalten muss! Auch darüber verhandeln wir noch, denn SPD und Grünen brauchen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Nicht nur Geld ausgeben – auch die Einnahmen des Landes müssen steigen

Dass DIE LINKE.Fraktion immer nur teure Forderungen stellt, ist ein Märchen, wie so viele andere. So hat DIE LINKE.Fraktion beantragt, 500 neue Steuerprüfer/innen einzustellen, die nach einer Expertise der Deutschen Steuergewerkschaft jeweils pro Jahr 1–2 Mio. Euro erwirtschaften könnten. Davon behält das Land leider nur 50%, aber das sind die wenigen Möglichkeiten des Landes, selbst auf die Steuereinnahmen Einfluss zu nehmen. In zähen Verhandlungen mit SPD und Grünen wurde ein Kompromiss erreicht: 200 neue Stellen sofort, die anderen später.

Sozial – auch nach der Wahl: DIE LINKE

**'mal reinhören,
mitreden,
mitwirken** **DIE LINKE.**

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: Die LINKE, Kreisverband,
c/o Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105
Wuppertal, www.dielinke-wuppertal.de